Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3850

18. 01. 89

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Debatte „Erkenntnisse zur Frage einer eventuellen Beteiligung Deutscher am Bau einer Chemiewaffenfabrik in Libyen“

Die Bundesrepublik Deutschland ist der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt.

Immer wieder wurden und werden bundesdeutsche Waffen und Rüstungsmaterialien in Kriegen eingesetzt oder dienen der brutalen Unterdrückung und Tötung Oppositioneller auch im Inland der jeweiligen Empfängerstaaten.

Die Bundesregierungen haben über Jahrzehnte hin Atomanlagen in solche Länder liefern lassen, die keinerlei Verzicht auf eigene Atomwaffen erklärt haben.

Von seiten der Bundesregierungen, aber auch der Industrie wurde und wird weiterhin betont, daß Rüstungsexporte im Vergleich zum Gesamtumfang des bundesdeutschen Warenexports nur eine Marginalie darstellen. Diese Marginalie bedeutet für zahlreiche Menschen den Tod oder aber die Unterdrückung.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Alle Kriegswaffen-, Rüstungs- und Atomenergiegüter-Exporte werden sofort gestoppt. Die für die Überprüfung dieses Exportstopps erforderlichen Kontrollen werden auf allen Ebenen verschärft.

2. Um dieses Ziel durchzusetzen wird die Bundesregierung aufgefordert,

   — innerhalb einer Frist von 6 Monaten dem Wirtschaftsausschuß und dem Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages eine Auflistung aller seit 1980 erteilten Ausfuhrgenehmigungen für Waren aus Teil I, Abschnitt A, B, C und D der Ausfuhrliste zur Außenwirtschaftsverordnung vorzulegen. Diese Auflistung soll unterteilt sein nach dem jeweiligen Warenwert der einzelnen Warengruppen und nach den Empfängerländern in den einzelnen Jahren;

   — den Export von Kriegswaffen, Rüstungsgütern und Atomenergiegütern sowie die Weitergabe von Unterlagen oder

Kenntnissen über entsprechend sensitive Technologien oder von Kenntnissen über die Fertigung sensitiver Waren und entsprechender Komponenten aus der Bundesrepublik Deutschland auf der Basis des AWG sofort zu untersagen;

- ein Konversionsprogramm für die betroffene Industrie aufzulegen und bereits bestehende Konversionsinitiativen zu fördern;
- sämtliche mit ausländischen Regierungen getroffenen Vereinbarungen und Abkommen über Rüstungsexporte aus Gemeinschaftsproduktionen offenzulegen;
- Rüstungskooperationsverträge mit ausländischen Partnern, die sich auf die Herstellung oder den Vertrieb von Kriegswaffen, Rüstungsgütern und Atomtechnologien beziehen, zu kündigen bzw., sofern erforderlich, einen Gesetzentwurf hierzu vorzulegen;
- einen Straftatbestand „Mitwirkung Deutscher bei der Planung, Herstellung und den Vertrieb von nuklearen, chemischen und biologischen Waffen und deren Produktionsanlagen im Ausland" im Strafgesetzbuch zu schaffen;
- die Straffolgen im AWG und Strafgesetzbuch für den illegalen Export auch für Ersttäter mit totaler Gewinnabschöpfung zu koppeln;
- den Personal- und Sachaufwand zur Verbesserung der Effizienz von Ausfuhrkontrollen bei der Zollverwaltung und dem Bundesamt für Wirtschaft auf der Grundlage einer Wissenschaftlichen Personalbedarfsanalyse anhand des AWG zu steigern;
- Zollverwaltung und Bundesamt für Wirtschaft zur Sicherung der Wirksamkeit der genannten Maßnahmen zu nichtangekündigten Inspektionen bei allen mit Wirtschaftsgütern der obigen Kategorie befaßten Unternehmungen vor Ort, auch im Produktionsablauf, zu ermächtigen;
- den deutschen Auslandsvertretungen, insbesondere den Militärattachés, die Beteiligung an rüstungswirtschaftlichen Verhandlungen bzw. an der Vermittlung rüstungswirtschaftlicher Geschäfte zu untersagen.

3. In dem Bewußtsein, daß die Sicherheit des friedlichen Zusammenlebens der Völker unbedingten Vorrang vor Geschäftsinteressen jeder Art haben sollte, und eingedenk der besonderen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die Erhaltung des Friedens in der Welt, empfiehlt der Deutsche Bundestag der Bundesregierung, den Vereinten Nationen den Verzicht auf sämtliche Kriegswaffen-, Rüstungsgüter- und Atomgüter-Exporte von bundesrepublikanischem Territorium als einseitige Vorleistung zum Abbau der Spannungen in der Welt zu notifizieren.

Bonn, den 18. Januar 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67